

# Resolution

## **für eine dringende Hilfestellung des Landes Oberösterreich gegenüber den oö. Gemeinden bei der Finanzierung von Sozialhilfeverbandsumlagen.**

In den letzten Jahren wurde die Finanzsituation der Gemeinden einerseits durch immer geringer werdende Einnahmen (Ertragsanteile des Bundes) und andererseits vor allem durch steigende Krankenanstaltenbeiträge und Sozialhilfebeiträge immer enger.

Während traditionell etwa 100 kleine Gemeinden ihren ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen können, waren 2003 bereits 155 Gemeinden nicht mehr in der Lage, ihren Gemeindehaushalt ohne Abgänge zu führen. Für heuer rechnet man allgemein mit ca. 200 OÖ. Abgangsgemeinden!

**Den Medien ist in den letzten Wochen immer wieder zu entnehmen: „Der Finanzausgleich und das Landesbudget 2005 bringen endlich wieder mehr finanziellen Spielraum für die Gemeinden. Man kann mit einer deutlichen Trendwende bei den Abgangsgemeinden und einer Normalisierung der Finanzsituation rechnen.“**

**Diese Formulierungen können nicht umfassend betrachtet sein, denn:**

**Die oö. Gemeinden erhalten 2005 (nach dem Finanzausgleich) geringfügig mehr an Einnahmen bei den Ertragsanteilen (+ 0,40 %) und werden bei der Krankenanstaltenfinanzierung (nur ein Mal im kommenden Jahr!) um 0,9 % entlastet.**

**Gleichzeitig haben die oö. Gemeinden jedoch eine Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage für 2005 um 8 % zu präliminieren, was den eben gewonnenen minimalen finanziellen Spielraum der Gemeinden mit einem Schlag wieder drastisch zunichte macht.**

**Die Politik des Bundes (Bundesregierung) mit der sie den Sozialstaat zurückschraubt, während sie den einkommensstarken Gruppen ausserordentliche Steuergeschenke bereitet, trifft die Gemeinden doppelt. Einerseits in einem geringeren Aufkommen an Steuern, andererseits durch notwendigerweise höhere Unterstützungen für armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen. Die Gemeinderäte der Stadt Gallneukirchen sind nicht bereit diese finanzielle Umschichtung mitzutragen und fordert eine Abkehr von dieser Belastungspolitik gegenüber den Gemeinden.**

Die Stadtgemeinde Gallneukirchen fordert daher eine sofortige Unterstützung der Gemeinden bei der Bewältigung der extrem steigenden Sozialhilfeverbandsumlage durch das Land OÖ. Insbesondere sollen die Mehrkosten durch den Rückbau des Sozialstaates (Krankengeldkürzung, Pensionskürzung) zu Lasten des Landes neu verteilt werden.

Diese Resolution richtet sich an die Mitglieder der oö. Landesregierung und an die Landtagsclubs!

Einstimmig angenommen.